ERICH MEYERFELD
BERLIN
BEHRENSTR. 55-56
GRUNDSTÜCKE

Nummer 259

Berliner Börsen-Zeitung

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Polit. Teil: Inneres F. Steinborn, Schöneberg; Äußeres Dr. R. Figler, Berlin; Kunst, Wissenschaft u. Lokales: F. Köppen, Bln.-Friedenau.

Bismarck-Apotheke
Kurfürstenstr. 88 Lützow 4862
neben Eden-Hotel

Verantwortlich: Für den Inseratenteil: H. Rogiewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe · Preis 300 Mk. **68. Jahrgang** **Donnerstag, 7. Juni 1923**

Die besetzten Zechen.

Essen, 7. Juni.

Nachstehende Zechen des Ruhrgebietes sind von den Franzosen und Belgiern besetzt: Erin, Zollern 1, Germania 1, Germania 2, Bonifacius, Recklinghausen 1, Hafen Graf Bismarck, Nordstern 1 und 2, Nordstern 3 und 4, Graf Moltke 1 und 2, Graf Moltke 3 und 4, Mont Cenis (Koks- und Kohlenlager), Graf Schwerin, Eintracht Tiefbau, Lothringen, Adolf von Hansemann, Victor 1 und 2 und 3 und 4, Bergmannsglück, Westerholt, Moeller, Scholven, Hannibal 1 und 2, Hafen Prosper (Kohlenlager und Hafen), Hafen König Wilhelm (Kohlenlager und Häfen), Mathias Stinnes 3 und 4, Mathias Stinnes 1 und 2 Hafen (Kohlenlager und Häfen), Ver. Welheim, Dahlhausener Tiefbau, Hafen Köln-Neuessen (Kohlenlager und Häfen), Dahlbusch 1, 3 und 4, Roland Concordia 4 und 5, Alstaden, General Blumenthal 1 und 2, General Blumenthal 3 und 4, Schlägel und Eisen 1 und 2, Schlägel und Eisen 3 und 4, Schlägel und Eisen 5 und 6, König Ludwig 4 und 5, Wiesche, Humboldt und Rosenblumendelle. Folgende Zechen sind inzwischen wieder freigegeben worden: Viktoria-Lünen 1 und 2, Hubert, Joachim, Johann Deimelsberg, Emscher-Lippe 3 und 4, Rheinbaben und Waltrop.

Die Verkehrssabotage.

Elberfeld, 6. Juni.

Infolge der gestern gemeldeten neuen Streckenbesetzung im Ruhrgebiet enden sämtliche von Hagen und Witten-West kommenden deutschen Personenzüge jetzt in Bochum-Riemke, die von Holzwickede, Soest und Welver kommenden in Gelsenkirchen-Wattenscheidt, die von Dorsten kommenden in Gelsenkirchen-Bismarck. Von Bochum Hauptbahnhof nach Kray-Süd, von Gelsenkirchen-Bismarck nach Stoppenberg und von Essen-Nord nach Borbeck wird ein Pendelverkehr aufrecht erhalten.

Frankfurt a. M., 6. Juni.

Die Franzosen versuchen auf jede Weise, die Gemeinden zur Übernahme der Bahnbewachung an den Bahnübergängen zu zwingen. Im Bezirk Trier hatte der Kreisdelegierte von Daun in Gerolstein eine Gemeinderatssitzung zu diesem Zwecke einberufen. Nach der Abstimmung wurden die Mitglieder des Gemeinderats, die gegen Uebernahme der Bewachung gestimmt hatten, verhaftet und sofort ausgewiesen. In einigen pfälzischen Gemeinden, die die Bahnbewachung abgelehnt hatten, wurde von den französischen Kreisdelegierten die Ausstellung von Pässen nach dem unbesetzten Gebiet einfach verweigert.

Den Beamten, die ein Paßvisum für eine Reise nach dem unbesetzten Gebiet von den Franzosen haben wollen, wird dieses ohne Angabe von Gründen verweigert.

Berlin, 6. Juni.

Wie uns aus der Pfalz gemeldet wird, sollen von den Arbeitern, die von den Franzosen mit dem Auftrag von Chemikalien in der Anilin- und Soda-Fabrik beschäftigt wurden, sehr viele erkrankt sein, weil die Franzosen nicht für die nötigen Schutzvorrichtungen gesorgt hatten.

Neue Massenausweisungen.

Frankfurt a. M., 6. Juni.

Im Bezirk Ludwigshafen wurden am 4. Juni unter Wegnahme der Wohnungseinrichtungen ein lediger und 31 verheiratete Eisenbahner nebst Frauen und 81 Kindern ausgewiesen.

In Duisburg wurden neuerdings 162 Eisenbahner mit Familien ausgewiesen.

Als Geisel verhaftet.

Köln, 7. Juni.

Nach einer Meldung der „Kölnischen Zeitung" aus Troisdorf wurde der Direktor Gatke von der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff-A.-G., Fabrik Troisdorf, von den Franzosen als Geisel festgenommen und in das Militärgefängnis in Bonn übergeführt.

Treuebekenntnis der Saardeutschen.

TU **Saarbrücken, 7. Juni.**

Der Katholikentag des Saargebiets war von 70 000 Männern und Jünglingen besucht. Die Bischöfe von Trier und Speyer, die die Franzosen bekanntlich aus ihren Diözesen vertreiben wollen, wurden jubelnd empfangen. Bischof Bornewasser sagte: Treue um Treue. Euer Bischof von Trier hat den Schwur geleistet, die Treue zu halten und da bin ich auch der Treue meiner Saarländer zum Bischof von Trier gewiß. (Minutenlanger stürmischer Beifall und Händeklatschen unterbrach den Bischof.) Ich danke Euch von Herzen. Ich weiß, was Ihr Euch dabei gedacht habt. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: In der ganzen Vergangenheit war das Saargebiet dem überwiegend größten Teil nach stets mit den Mutterdiözesen Trier und Speyer aufs innigste verbunden, dieselben kirchlich gewohnten Rechte und Gebräuche, dieselbe kirchliche Tradition, dieselbe deutsche Sprache. Daher bestuerern wir es feierlichst vor der ganzen Welt, daß wir, wie in der Vergangenheit, so auch in aller Zukunft mit unseren Mutter- und Heimatdiözesen ungetrennlich und treu vereinigt bleiben wollen.

Mth Saarbrücken, 7. Juni.

Die Freie Bauernschaft des hiesigen Kreises hat beschlossen, bei den kommenden Kommunalwahlen nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, die Liste der sogenannten Grund- und Hausbesitzer-Partei, deren nationale Haltung angezweifelt wird, sondern die Liste des Zentrum und der Liberalen Volkspartei zu wählen. Sie hat sich damit eindeutig für das Deutschtum entschieden.

Das Ergebnis von Brüssel.

Poincaré hat gesiegt.

eca **Paris, 7. Juni.**

Der Brüsseler Sonderberichterstatter des „Oeuvre" spricht es klar aus, daß alle diejenigen Kreise, die eine Aenderung erhofften, daß die Konferenz die Möglichkeit einer baldigen Beendigung des Ruhrkonflikts geben würde, sehr wenig zufrieden mit dem Resultat der Konferenz sind. Aus den Sätzen des offiziellen Communiqués, in denen übrigens die üblichen Versicherungen des vollkommenen Einverständnisses der Konferenzteilnehmer fehlten, könne man schließen, daß die Haltung Poincarés die erneuten Bemühungen Belgiens um eine aktive Politik zuschanden gemacht hat.

Bereits abgelehnt!

EP **Paris, 7. Juni.**

Dem „Matin" zufolge bekam Jaspar gestern während der Konferenz ein Telegramm aus Berlin, worin die Absendung der neuen deutschen Vorschläge mitgeteilt und die Grundzüge derselben angegeben wurden. Jaspar teilte dieses Telegramm Poincaré mit, der darauf erklärte, daß die neuen Vorschläge Deutschlands auf die wesentlichsten Forderungen Frankreichs und Belgiens nicht eingingen, hauptsächlich nicht auf die Einstellung des passiven Widerstands. Diese Vorschläge könnten deshalb nicht geprüft werden. Dieser französische Standpunkt sei nach kurzer Besprechung auch von den Belgiern angenommen worden. Poincaré erklärte, daß man Deutschland nur erwidern könne: Euer passiver Widerstand soll fortgesetzt werden, folglich werden wir nicht unterhandeln! General Degoutte und Tirard sind aufgefordert worden, einen genauen Bericht darüber auszuarbeiten, worin die Einstellung des passiven Widerstandes bestehe. Deutschland werde somit genau von den Maßnahmen unterrichtet werden, die es zu ergreifen habe, um den passiven Widerstand aufzugeben. Poincaré sei der Ansicht gewesen, daß die Haltung Frankreichs und Belgiens so klar wäre, daß eine neue Begegnung nicht mehr nötig sein würde, um über die Ablehnung der neuen deutschen Vorschläge zu beraten.

Eine Konferenz in Ostende?

EE **Paris, 7. Juni.**

Der Chefredakteur des „Journal", Lucien Chassaigne, wohnte den gestrigen Brüsseler Beratungen bei und gewann, wie er seinem Blatt meldet, den Eindruck, daß zwischen Franzosen und Belgiern wesentliche Meinungsverschiedenheiten bestehen. Frankreich, im Vertrauen auf das Recht und auf seine Kraft, sei entschlossen, volle Genugtuung zu erlangen, und es könne darauf warten. Es wünsche, daß Deutschland sich unterwerfe, und sei entschlossen, gegebenenfalls allein die ganze Partie zu spielen. Die Alliierten seien davon verständigt worden. Frankreich habe ihnen sogar mitgeteilt, daß es in diesem Falle nicht nur seine eigenen Interessen, sondern auch die der Alliierten verteidigen würde.

Die Belgier erklärten, die gegenwärtige Lage sei ungewiß und zweideutig, und sie könne nicht ewig fortdauern. Notwendigerweise würde dies zum Abschluß von

Sonderabmachungen mit Deutschland

führen. Das wolle Belgien aber um keinen Preis; denn das wäre der wirkliche Bruch der gemeinsamen Aktion gegen Deutschland, und Belgien frage sich angstvoll, was bei einem solchen Abenteuer herauskommen könnte.

Die belgischen Sachverständigen erklären, das Ruhrgebiet sei kein produktives Pfand und werde auch niemals eins werden. Eine Unterstützung dieser Ansicht habe sich bei dem Präsidenten der Metzer Handelskammer, de Wendel, gefunden, der dieser Anschauung auch kürzlich vor Millerand Ausdruck gegeben habe. Chassaigne meldet weiter, Poincaré habe erklärt, daß er alle Anregungen aufmerksam prüfen wolle, die geeignet wären, die gemeinsame Front der Entente wiederherzustellen. Aber eine Erörterung der verschiedenen Reparationsprojekte, die der Belgier oder der Engländer, könne nur stattfinden, wenn alle interessierten Parteien daran teilnähmen. Dieser Ansicht schlossen sich die belgischen Minister an. Die Folge davon ist, daß wahrscheinlich schon in nächster Zeit eine internationale Konferenz in Ostende tagen wird.

EE **Paris, 7. Juni.**

Von den gestrigen Brüsseler Beratungen meldet Pertinax dem „Echo de Paris": Man habe gesagt, die Besetzung solle erst aufhören, wenn Deutschland Zahlungen geleistet hätte. Die Belgier wünschen, daß man nunmehr einen festen Reparationsplan habe. Die Denkschrift, die der Pariser Regierung am 25. Mai zugesandt wurde und worin von der Schaffung von Monopolen und von der Uebergabe der Industrieaktien usw. die Rede war, beziehen sich nicht nur auf das besetzte Gebiet, sondern auf das ganze Reich. Deshalb erklärte Frankreich, daß zunächst einmal im besetzten Gebiete versucht werden solle, Steuern zu erheben. Erst wenn man die Ergebnisse im besetzten Gebiete kenne, könne man diese auf das ganze Deutschland ausdehnen. Dieser Einwand überzeugte die Belgier nicht, denn ihre Pläne zielen weniger darauf hin, Deutschland zum Zahlen zu bringen, als sich dem Kabinett von Londern zu nähern, das heute einer strengen Kontrolle über das Reich zustimmen würde, wenn Frankreich sich zum Verzicht auf die Pfänder bewegen ließe, die es mit Beschlag belegte. Was die Aufgabe des passiven Widerstandes anbelangt, so glaubt Pertinax, daß die Reichsregierung alle seit dem 11. Januar erlassenen Verordnungen zurückziehe, in denen zum Widerstand gegen die Besatzungsbehörden aufgefordert wurde, während dagegen alle Verordnungen des Generals Degoutte und der Rheinlandkommission in Kraft bleiben sollten. Pertinax erklärt weiter, Besprechungen mit London seien solange nutzlos, als man die deutschen Reparationsvorschläge nicht kenne. Die bisherigen Nachrichten über deren Inhalt ließen keinerlei Illusionen zu. Die deutsche Note solle zwar geprüft werden, aber mit London solle eine Verbindung erst gesucht werden, wenn die deutsche Note eine genügende Grundlage für eine Erörterung darstellen würde. Wenn es aber notwendig sein werde — was bereits als wahrscheinlich gelten müsse (!) — die deutschen Vorschläge abzulehnen, so würde die Ursache dieser Ablehnung bekanntgegeben werden.

Baldwins Optimismus.

EP **Paris, 7. Juni.**

Der Londoner Korrespondent des „Echo de Paris" teilt mit, daß Baldwin nach zuverlässigen Meldungen glaube, daß eine allgemeine Regelung der Reparations- und Schuldenfrage nicht vor Herbst möglich sein werde. Die englische Regierung habe aber gleichwohl große Hoffnungen in den Ausgang der Brüsseler Konferenz und erwartet, daß diese ein Vorspiel für eine erweiterte Konferenz der Alliierten sein könnte. Die Londoner Regierung sei der Ansicht, daß die Zeit der französisch-belgischen Sonderaktion jetzt vorüber sei und daß wieder eine gemeinsame interalliierte Politik gegenüber Deutschland eröffnet werden sollte.

London, 7. Juni.

Der Finanzberichterstatter der „Times" führt aus, sollte Deutschland einen Plan vorbringen, der substantielle Garantien biete, so würde Belgien sehr froh sein, sich vollkommen aus dem Ruhrgebiet zurückziehen zu können. In seiner Abneigung gegen das Ruhrunternehmen teile Belgien die Ansicht Großbritanniens. Aber es stimme mit Frankreich in der Weigerung überein, die Frage der Zurückziehung zu erwägen, wenn nicht angemessene Alternativ-Garantien gefunden würden und bevor tatsächliche Zahlungen von Deutschland gemacht wären.

Der Plan der englischen Industrie.

EE **Paris, 7. Juni.**

Der Londoner Korrespondent des „Journal" behauptet, daß infolge der Besprechungen zwischen den deutschen Industriellen und der industriellen Gruppe des Unterhauses diese dem Ministerpräsidenten Baldwin ein Memorandum übergeben habe, das Empfehlungen zur Regelung der Reparationsfrage enthalte. Darin heiße es: Deutschland solle sofort 100 Millionen Pfund Sterling aufbringen und diese Frankreich, Belgien und Italien als Abschlagszahlung für den Wiederaufbau übergeben. Als deutsche Reparationssumme wird ein Minimalbetrag von 1½ Millionen Pfund Sterling und ein Maximalbetrag von 3 Milliarden vorgesehen werden, von denen die bereits bezahlten Summen abgezogen werden sollen. Eine interalliierte Kommission, in der sich auch Amerikaner und Deutsche befinden würden, soll die Fortschritte der Industrie und des Handels in Deutschland verfolgen und den Regierungen Empfehlungen erteilen. Sie würde die Macht haben, wenn es notwendig sein sollte, der Reichsregierung Vorschriften zu machen. Großbritannien würde auf die Rückzahlung der ihm geschuldeten Summen durch die Alliierten verzichten, aber von den deutschen Zahlungen müßte es 36 Millionen Pfund jährlich erhalten.

Erregung im Rheinland.

London, 7. Juni.

Der Sonderberichterstatter der „Times" in Köln schreibt, beträchtliche Beunruhigung sei im Rheinland durch das Gerücht erzeugt worden, daß ein Plan für die Internationalisierung der Eisenbahnen und die Stellung der Rheinlande und des Ruhrgebiets unter die Kontrolle einer internationalen Gendarmerie bei der britischen Regierung günstige Aufnahme finde. Der „Times"-Berichterstatter meint, er sähe in allen Kreisen die stärkste Feindseligkeit gegen diese Vorschläge, nirgends komme sie stärker zum Ausdruck als in den Arbeiterkreisen; die Gewerkschaften bereiteten einen organisierten Widerstand gegen einen solchen Plan vor.

Die italienische Wahlreform.

EP **Rom, 6. Juni.**

Der Ministerrat hat heute einstimmig die Wahlreformangenommen und Mussolini ermächtigt, den betreffenden Gesetzentwurf sofort dem Parlament vorzulegen. Die Kammer wird bis zur Annahme des neuen Wahlgesetzes zusammenbleiben. Nach den vom Ministerpräsident dargelegten Richtlinien sieht die Wahlreform sich auf folgenden Grundsätzen: Jedes Wahlgesetz soll nicht nur die politischen Kräfte des Landes wiederspiegeln, sondern auch eine parlamentarische Mehrheit sichern, sowie eine Regierung und Stabilität des Landes. Die Ergänzung des Proporz- durch das Majorz-System ist die Möglichkeit der Bildung einer dauernden und endgültigen Kammermehrheit. Die Partei, die im Lande die Mehrheit besitze, kann auch logischerweise in der Kammer die Mehrheit verlangen. Um diesen Zweck zu erreichen, ist das Land in einen einzigen Wahlkreis eingeteilt worden. Die Mehrheitspartei werde zweidrittel der Gesamtsitze, d. h. 356 Mandate erhalten, die übrigen 178 werden unter Minderheitsparteien verteilt.

Der kommunistische Putschismus.

Der Kommunistenaufstand an der Ruhr ist, gottlob, abgeflaut. Er hat länger als eine Woche das blutige, zuckende Etwas, das sich das Deutsche Reich nennt, mit der Angst gequält, daß schon die letzte Stunde angebrochen sein könnte. Nun scheint es doch noch gelungen zu sein, die landesverräterische, selbstmörderische Revolte vorläufig zu bändigen. Das Feuer ist ausgebrannt. Das Lumpenproletariat begann, zumal seit ihm der neue Zuzug abgesperrt wurde, sich zu verlaufen oder ist auf der Wanderung nach anderen, einstweilen lohnenderen Futterplätzen begriffen. Mit ihm verkümmelte sich auch der Schwarm der direkt oder auf Umwegen aus Moskau herbeigeeilten Regisseure. Denn anderswo gibt es für Raufebold, Habebald und Eilebeute, die edel Triad, ja noch zu schaffen. Der kommunistische Putschismus ward keineswegs aufs Haupt geschlagen. Er hat, gleichfalls dem Gesetz von dem Ort des schwächsten Widerstandes gehorchend, vorläufig nur das Terrain gewechselt. Oder aber er bezog Reservestellungen und harrt der nächsten, günstigeren Gelegenheit.

Darum geht es auch nicht an, die Sprüche zu wiederholen, die wir bis zum Ueberdruß nach der Mülheimer Aktion hören mußten von diesen im Grunde ungefährlichen Narreteien und Kindereien, der, wie das Beispiel gelehrt habe, eine Kolonne entschlossener Bürger jederzeit Herr werden könnte. Gesetzen wir vielmehr ruhig: der preußische Minister des Innern hat, als er in seiner vorösterlichen Landtagsrede mit mildem Sarkasmus den kommunistischen Häuptern über die Haare strich, geirrt. Das ist noch keine Schande; wir alle bleiben Irrtum unterworfen. Schlimm wird der Irrtum nur, wenn man auf solchen Irrtum sich versteift und auch aus wenigstens Fehlern nicht zu lernen geneigt ist. Das scheint erfreulicherweise bei Herrn Severing nicht der Fall zu sein: er wie vor allem der ihm parteigenössisch verwandte Ministerpräsident Braun haben, nachdem einmal die Gefahr des bisherigen Gewährenlassens offenbar ward, mit anerkennenswerter Energie durchgegriffen. Man ergötzt sich jogar, Herr Severing, warte nur auf einen neuen Anlaß, um darzutun, wie stark die Rüstung sei, die, auch in seiner dermaligen Verfassung noch, der preußische Staat dem Kommunismus entgegenzusetzen hätte. Im Ruhrgebiet seien ihm nur die Franzosen, die den Putschismus großzogen und ihn favorisierten, in den Arm gefallen. Für das aber, was sich in Sachsen und Mitteldeutschland begäbe, träfe den preußischen Innenminister keine Verantwortung.

Wir möchten hoffen, daß Herr Severing selber nicht so argumentiert. Daß nur übertriebene Freundschaft ihm derlei bedenklich an die Prestigepolitik moralisierender Rescripts anklingende Gedankenreihen unterlegte. Wie denn überhaupt zu wünschen wäre, daß der Minister, der sicher ein Herr von mancherlei Qualitäten ist, mehr als bisher von den Ideologien, vielleicht darf man auch sagen: von den Vorurteilen seiner Partei sich freizumachen lernte. Die Sozialdemokraten haben, so oft in den letzten Monaten in engerem und vertraulichem Bereich erwogen wurde, ob zur Erhöhung der Staatssicherheit es nicht sich empfehle, auch den Kommunismus in schärfere Behandlung zu nehmen, mit ungemeiner Lebhaftigkeit davon abgemahnt. Sie kannten, so wurde versichert, die Kommunisten, ihre Art und Bedeutung, besser. Viel Geschrei und wenig Wolle. Unerfreuliche und in jedem Belang minderwertige Krakeeler, die aber doch bei vielerlei beruflichen und persönlichen Beziehungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten härter anzufassen nicht ratsam wäre. Auch die sozialdemokratischen Massen könnten sonst leicht, zumal in den großen Städten des Nordens, kapriziös werden. Kurz sie, die Sozialdemokraten, verbitzigten sich für die Kommunisten. Was ungefähr auf den viel zitierten Ausspruch aus der wilhelminischen Frühzeit hinauslief: „Die Sozialdemokratie, meine Herren, überlassen Sie mir."

Nachgerade wird doch wohl auch die vorsichtigste und behutsamste Betrachtung die Feststellung wagen dürfen, daß die Sozialdemokratie in der Beziehung sich geläutert oder, wie man will, sich übernommen hat. Raub, Mord, Ueberfall, Brandstiftung, Verbindung mit dem Landesfeind — für den Anfang gibt das doch ein ganz rundes Sündenregister, das es am Ende rechtfertigen möchte, wenn man auch die Kommunistische Partei auf den Index setzte. Das aber auf jeden Fall den für die öffentliche Ruhe und Ordnung verantwortlichen Stellen zur Pflicht machen muß, Sicherungen und Vorkehrungen zu treffen, damit nicht bei einem neuen Ausbruch das bischen staatlicher Stabilität, dessen überhaupt wir uns noch erfreuen, über den Haufen geramnt wird. Man hat in den letzten Tagen häufig das Gefühl gehabt, als ob auch in sozialistischen Kreisen die Neigung aufkäme, gleich dem auf die Vernichtung der Spuren bedachten Kommunismus die dermalige Putschseuche „historisch-ökonomisch", d. h. als Folge des Marksturzes und der neuen Preiswelle zu erklären. Das ist doch wohl eine Verwechslung von Ursache und Wirkung. Unzweifelhaft hat der beklagenswerte Zusammenbruch unserer Währung den Boden für die Aufstände bereitet. Er hat den Mordskerlen, den Plünderern und Mordbrennern Elemente zugeführt, die ihm sonst vermutlich ferngeblieben wären. Aber die letzten bewegenden Kräfte waren politischer Natur. Auch hier wieder das Gesetz von dem Ort oder besser dem Zeitpunkt des schwächsten Widerstandes. Der Kommunismus hatte zum Losschlagen den Termin sich gewählt, der ihm am meisten Erfolg zu verheißen schien. Aus wirtschaftlicher Not verbindet man sich nicht dem Landesfeind, der diese Not erst schuf und nur sie mehren kann. (Um dem Einwand die Spitze zu nehmen: auch in München hat man nicht aus wirtschaftlicher Not die Subsidien des Herrn Rickert gesucht und wird darum gerechte Strafe erleiden.) Und auch die Lohnerhöhungen erwiesen, zumächst wenigstens, sich unwirksam, den Aufruhr im Bergwerer zu bannen. Manche meinen: er wäre heute noch nicht abgeebbt, wenn Moskau ihn, als zur Zeit inopportun, nicht abgeblasen hätte. Unseres Erachtens ein Grund mehr, die kommu-